

Zweiter Zyklus der Kempfenhausener Gespräche

Strukturwandel der Arbeitswelt: Entwicklungschancen für Mensch und Gesellschaft?

Erstes Gespräch:

Globalisierung der Wirtschaft und gesellschaftlicher Strukturwandel: Chancen und Risiken für Deutschland und Europa

Horst Afheldt

Wohlstand für niemand?

Ökonomische und soziale Risiken der Globalisierung von Produkt-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten für Deutschland und Europa

Die Bundesrepublik ist laut Grundgesetz ein sozialer Staat. Doch wie man auch einen „sozialen Staat“ definiert, es wird zunehmend schwerer, der Bundesrepublik dieses Prädikat noch zuzuerkennen:

Immer mehr Menschen werden immer länger durch Arbeitslosigkeit von der gleichberechtigten Teilnahme am sozialen Leben ausgeschlossen. Die „sozialen Errungenschaften“ wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Altersrente kommen immer mehr unter Druck. Seit etwa 1982 sind die realen Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten im Durchschnittswert nicht mehr gestiegen, seit einigen Jahren sinken sie. Gleichzeitig aber stiegen die hohen Einkommen, verschiebt sich so das Verhältnis der hohen zu den niedrigeren Einkommen immer mehr zugunsten der hohen. In derselben Zeit stiegen die Einkommen aus Vermögen und Unternehmen immer schneller – bei gleichzeitig sinkendem Anteil dieser Einkommen am Steueraufkommen.

Betrag 1950 der Anteil der Einkommens- und Körperschaftssteuer am BSP 3,6%, sank er bis 1990 auf 2,8% und halbierte sich bis 1994 noch einmal auf 1,4 %. Der Anteil der Lohnsteuern der abhängig Beschäftigten am BSP dagegen stieg von 1,8% 1950 auf zwischen 7 und 8% seit 1980.

Die Steuerreformen in Deutschland und Frankreich, die den Spitzensteuersatz kräftig senken, werden die entstandenen Ungleichheiten noch einmal drastisch verstärken. Das Sozialstaatsgebot fordert aber nicht, die wirtschaftlichen Ungleichheiten zu vergrößern, sondern sie möglichst zu reduzieren.

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik können daher nur noch als sozialstaatswidrig bezeichnet werden.

Wie sind wir dahin gekommen?

Voraussetzung für eine Lösung der überall sichtbar werdenden Probleme ist, sich über die Ursachen Klarheit zu verschaffen. Meinungen über die Ursachen finden sich in Presse und Rundfunk zuhauf. Einigkeit besteht nur darüber, daß „nicht mehr so viel zu verteilen ist“. Die vorgeschlagenen Rezepte bestehen meist darin, daß verlangt wird, sich flexibler zu verhalten, sich

den besonderen Bedingungen des Unternehmens bei dem man beschäftigt ist, anzupassen, den Gürtel enger zu schnallen und auf die „überzogenen Ansprüche“ zu verzichten. Objekt dieser Adressen sind dabei meist diejenigen, die mit den allergeringsten Ansprüchen leben müssen: die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Rentner und die Arbeiter der unteren Lohngruppen. Stimmt es, daß weniger zu verteilen ist? Es stimmt überhaupt nicht. Von 1950 bis heute stieg das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik verblüffend gleichmäßig an. 1975 z.B. hatte es in realen Werten knapp das vierfache von 1950 erreicht. Niemand sprach 1975 von Massenarmut. Die Renten waren sicher. Die Sozialleistungsquote lag bei 33,9%. Niemand behauptete, diese Quote ruiniere die Wirtschaft. Gemeinden bauten Schwimmbäder, Theater, Gemeindehäuser und Schulen.

1995 aber war das Sozialprodukt, die Summe der insgesamt in der (alten) BRD erarbeiteten Werte – also das insgesamt „zu Verteilende“ – gegenüber 1975 noch einmal um (real) rund 60% gestiegen. Die Sozialleistungsquote (für Gesamtdeutschland) lag 1994 mit 33,3% sogar noch unter der von 1975, für 1996 werden ähnliche Werte erwartet. Trotzdem betrug schon 1993 die Staatsverschuldung 48% des BSP. Trotz des so kräftig gestiegenen Sozialproduktes ertönten jetzt die Klagelieder von der schlechten Konjunktur, der Faulheit der Arbeiter, der Ideenlosigkeit der Manager und der – „weil jetzt weniger zu verteilen ist“ – überzogenen Ansprüche der Rentner, Angestellten und Arbeiter.

„Weniger zu verteilen“, obgleich 60% mehr erarbeitet wurde?

Der Rückgang des Wirkungsgrades des Mittels Wirtschaft für den Zweck „Gesellschaftlicher Wohlstand“

Festzustellen ist zunächst, daß der Wirtschaftsertrag stieg und der Nutzen derselben Wirtschaft für die Gesellschaft sank. Steigt aber der Wirtschaftsertrag, ohne daß der Nutzen für die Gesellschaft im gleichen Masse steigt (oder sinkt er gar wie im vorliegenden Falle), kann man von einem zurückgehenden Wirkungsgrad der Wirtschaft für die Gesellschaft sprechen.

Die Gründe für diesen Rückgang sind vielfältig. Sie sind teils ökonomischer, teils politischer Natur. Beide Ursachen sind eng verwoben.

Ich werde einige dieser Gründe nennen.

Der erste Grund: das Gesetz der modernen Industriegesellschaft – der Januskopf der steigenden Arbeitsproduktivität.

Steigende Arbeitsproduktivität, also höhere Produktion je Arbeitsstunde, ist die Grundlage des gewachsenen Wohlstandes der Industrienationen. Ohne Produktivitätssteigerung lägen die Löhne heute noch bei einigen Mark je Stunde. Doch steigende Arbeitsproduktivität hat eine Kehrseite, die sich immer mehr in den Vordergrund schiebt:

1. Je mehr ein Arbeiter pro Stunde produziert, desto weniger Arbeitsstunden braucht man für dieselbe Warenmenge. Gelingt es nicht, den Absatz ebenso schnell zu steigern wie die Arbeitsproduktivität wächst, braucht man weniger Arbeitsstunden – letztlich also weniger Arbeiter.

Wegen der schnell steigenden Arbeitsproduktivität hat sich trotz enormen

Wachstums der Sozialprodukte in den Industrienationen Europas die Zahl der Arbeitsplätze seit 1960 kaum noch erhöht.

So stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik in den 30 Jahren von 1960 bis 1990 nur von 26,063 Millionen auf 28,475 Millionen. (rund 9% Zunahme). Dazu mußte in der gleichen Zeit aber das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) um 150% steigen.

Auch in Zukunft wird aus demselben Grunde trotz des Wachstums vieler Volkswirtschaften die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Welt kaum schneller zunehmen, als der Abbau von Arbeitsplätzen durch die Modernisierung (Beispiel: China).

Dies ist die erste Ursache des Verlustes von Arbeitsplätzen in der Industrie – und nicht etwa Nieten in Nadelstreifen – schlechte Manager also oder gewinnsüchtige Unternehmer.

Warten auf Godot nennt der französische Parlamentspräsident Philippe Sèguin deshalb in seinem wichtigen Buch „En attendant l'emploi“ den Versuch, durch Wachstum die Probleme zu lösen. Denn Godot kam nie. Im Gegenteil, wie Sèguin sagt, haben uns 20 Jahre dieser Wirtschaftspolitik und 50% Wirtschaftswachstum (in Frankreich) gerade erst in diese Krise geführt.

2. Die mit der steigenden Arbeitsproduktivität zwangsläufig hoch gestiegenen Kosten der Investitionen, die heute für jeden neuen Arbeitsplatz in der Industrie (und viele Dienstleistungen!) nötig sind, erschweren die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Ein Arbeitsplatz einer „Trümmerfrau“ 1945 kostete eine Schaufel oder einen Hammer, ein Baukran heute leicht eine Million oder mehr. Eine Papiermaschine, die insgesamt 45 Arbeitern Lohn gibt 900 Millionen DM (= 20 Mio. je Arbeitsplatz).

3. Das Kapital für die Maschinen, die die Arbeiter ersetzen, muß verzinst werden. Die zunehmende Arbeitsproduktivität und die damit verbundene wachsende Kapitalintensität verlagern deshalb das entstehende Einkommen zwangsläufig immer mehr auf Einkommen aus Vermögen und Unternehmen. Kapitalistische Ausbeuter braucht man also nicht zu erfinden, um das Phänomen der wachsenden Ungleichverteilung zu erklären.

Denn wenn bei 60% Arbeitsintensität bei einem Produkt mit einem Wert von einer Million 600 000 DM Lohn entstehen und 400 000 DM für Sachaufwendungen, Kapitalaufwendungen und Unternehmensgewinn (Eigenkapitalverzinsung) übrigbleiben, verschiebt sich das bei 10% Arbeitsintensität zu nur noch 100 000 DM Arbeitseinkommen und 900 000 DM, die dem Unternehmen für Sachaufwendungen, Kapitalbedienung für die teuren Maschinen und Unternehmensgewinn verbleiben.

Verstaatlichung der Produktionsmittel, um den erarbeiteten Mehrwert „allen zugutekommen zu lassen“, „Volkseigentum“, war die Antwort der Marxisten auf dieses Phänomen. Sie meinten, so eine Lösung für das Problem der wachsenden Ungleichheit der Verteilung des erarbeiteten Mehrwertes zu haben, die der „Kapitalismus“ nicht hat.

Das war ein doppelter Irrtum.

Einmal wurde in den verstaatlichten Produktionseinrichtungen nur ein – verglichen mit den gleichen Produktionsstätten im Liberalismus – kümmerlicher Mehrwert erarbeitet. Da nur wenig Mehrwert entstanden war, war auch nur wenig Mehrwert an die Arbeitnehmer zu verteilen.

Zum zweiten gelang es den politischen Konkurrenten des „sozialistischen Blocks“, den europäischen Industriestaaten, eine politische Struktur zu entwickeln, in dem nicht nur die Eigentümer der Produktionsmittel von Wachstum und Produktivitätssteigerung profitierten: Den Sozialstaat mit „Wohlstand für alle“. Das Ergebnis war eine Überlegenheit der sozialstaatlich-liberalen Wirtschaft, die wesentlich zum Zusammenbruch des Kommunismus in Europa beitrug.

Der Wirtschaftsertrag zeigt sich als Aufwand

Schon immer wies das Sozialprodukt Posten auf, die eigentlich nicht als Wirtschaftsertrag, sondern eher als Aufwand zu betrachten sind (Beispiel: Einsturz und nachfolgende Reparatur einer Brücke). Mit einem Welthandel, der sich etwa 3 mal so schnell entwickelt wie das Weltsozialprodukt und dem damit schnell wachsenden Transportaufwand (insbesondere dem Lastwagenverkehr), steigt aber der Anteil solcher „falscher Posten“ am errechneten Sozialprodukt. Kartoffeln von Bayern nach Süditalien zu karren, um sie dort waschen und eintüten zu lassen, ist zwar vielleicht betriebswirtschaftlich rentabel, erhöht auch das errechnete BSP, vermehrt aber die Masse der zu verteilenden Güter nicht.

2. Mehr und mehr drückt die internationale Konkurrenz auf die Verkaufserlöse. Warum auch immer, sei es durch die hohe Bewertung der von der Bundesbank stabil gehaltenen DM, sei es durch zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten, sei es durch zu zögerliche Rationalisierung – zumindest durch alle drei Faktoren zusammen kommen immer mehr deutsche Unternehmen in eine Situation, in der sie preislich kaum noch mit den Produkten ihrer Konkurrenten mithalten können. Wer seine Produkte am Markt verkaufen will, wird sie bei der harten Weltmarktkonkurrenz aber nicht los, wenn die Konkurrenz 5 oder gar 10% billiger ist.

Für den, der im Markt handeln muß, ist es irrelevant, ob erst die Aufwertung der DM ihn in die Bredouille gebracht hat. Denn auf die Bewertung der DM hat er keinen Einfluß. Er mag auf den Euro hoffen – oder auch nicht. Aber hier kann er nicht handeln. Es bleibt ihm so nur die Lohndrückerei – oder forcierte Rationalisierung – sprich Entlassungen ins soziale Netz und noch höhere Kapitalintensität.

Und das gilt nicht nur für den Unternehmer. Es gilt dann auch für seine Verbände. Auch sie können die Währungsrelationen nicht ändern. Derselbe Zwang zur Anpassung der Einkommen nach unten entwickelt sich dann selbst für die Gewerkschaften. Denn die geraten in eine Zwickmühle:

Zunächst wird das, was an Arbeitsplätzen vorhanden ist, zum heiligen Gral, für den letztlich jedes Lohnopfer gebracht werden muß. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit setzt sich dann aber der Markt immer stärker durch, der ein Überangebot von Arbeit mit sinkenden Preisen bestraft. Die Marktmacht der Arbeitnehmer sinkt.

Gleichzeitig löst sich die Basis auf, auf der die Lohnerhöhungen bislang aufgebaut werden konnten: der Flächentarifvertrag. Denn erst durch verbindliche Lohnfestsetzungen für alle Arbeiter einer Branche auf dem gesamten (nationalen) Markt konnte die klassische Ohnmacht des einzelnen

Arbeitnehmers gegenüber dem Unternehmen gebrochen werden. Löhne werden mehr und mehr auf der betrieblichen Ebene, vom Betriebsrat mit der Unternehmensleitung also, ausgehandelt. Aber schon damit ist das Gleichgewicht zwischen beiden „Tarifparteien“ zerbrochen. Die Drohung mit der Schließung des Betriebes oder der Verlegung der Produktion ist in Zeiten großer Arbeitslosigkeit für die Betriebsangehörigen eine tödliche Drohung. Der Betriebsrat wird so für fast jede Lohnminderung erpreßbar. Das Beispiel VW, wo die Mitarbeiter der Einsparung von 1,5 bis 2,2 Milliarden Lohn zustimmten, zeigt dies plakativ.

Völlig hilflos wird aber der einzelne Arbeitsuchende in Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der heute von vielen angestrebten vollständigen Deregulierung des Arbeitsmarktes. Er wird sich so „flexibel“ verhalten müssen, wie die Weber Gerhard Hauptmanns. Und das ist keine Spekulation in die Zukunft. Der „selbständige“ Bauarbeiter, Installateur, Taxifahrer von heute hat diese Stufe bereits erreicht. Seine Minimallöhne erlauben dann auch, die allgemeinen Lohnschranken nach unten zu drücken. Ein Beispiel bietet wieder die Bauindustrie. Hier eine Meldung von vielen: „...die Baustellen in den neuen Ländern (sind) längst rechtsfreie Räume. Tarifiedektive der Gewerkschaften kamen bei Stichproben in 100 sächsischen Betrieben zu dem alarmierenden Ergebnis, daß gerade noch ein fünftel der Bauarbeiter den ausgehandelten Tariflohn von rund 20 Mark erhalten. 30 Prozent verdienten weniger als 15 Mark in der Stunde.

Für den Schweriner Gewerkschafter Weber ist der Alltag durch immer neue Niederlagen geprägt: Lohnverzicht, Urlaubsverzicht, Änderungskündigungen: „...ich kenne keinen Betrieb, der nicht versucht, die Löhne zu drücken...“. Der ruinöse Wettbewerb der Unternehmen, die hohe Arbeitslosigkeit und die Angst derjenigen, die noch einen Job haben, sorgen östlich der Elbe mittlerweile für amerikanische Verhältnisse. Seit dem vergangenen Jahr kündigen Baubetriebe reihenweise ihren Mitarbeitern zum Jahresende und bieten ihnen im Gegenzug befristete Arbeitsverträge ab dem Frühjahr an. Das alles kann man als Vorteil für die Wettbewerbsfähigkeit betrachten, nur: auch hier gilt der Satz: „Die Konkurrenz schläft nicht.“

Die Konkurrenz der europäischen sozialen Industriestaaten untereinander

Dies ist heute noch bei weitem die wichtigste Konkurrenz, weil 75% des Aussenhandels der Staaten der EU ein Handel mit anderen EU-Staaten ist. Während wir hier von Lohnsenkungen als Beitrag zur Erhaltung dieses oder jenes Werkes reden, Verschlankung der Produktion – sprich Entlassung von Arbeitskräften – für notwendig erklären, können sie dieselben Forderungen im österreichischen Rundfunk für Österreich, in Frankreich für Frankreich in Spanien für Spanien hören. Auch der drastische Abbau des schwedischen Sozialstaates wurde mit denselben Argumenten erzwungen – und wird heute als schwedische Patentlösung vorgeführt.

Nur: wenn wir 10% tiefer angelangt sind, werden die anderen um 15% nachziehen. So entsteht ein Wettlauf nach unten. Immer mehr Arbeit wird dann schließlich nur noch zu Preisen abgenommen, die unter dem Existenzminimum liegen – mit der Folge der immer stärkeren Überlastung des sozialen Netzes

und seiner Finanziere. Schon so wird der Sozialstaat ausgehebelt. In diese ruinöse Konkurrenz der Industriegesellschaften schiebt sich schon heute die Konkurrenz der Entwicklungsländer.

Lohndruck durch Handel

Herbert Giersch beschreibt die langfristige Wirkung weltweiten Freihandels so: „Im Extrem kann einfache Arbeit in Deutschland nicht höher entlohnt werden als in Tschechien, auf Dauer auch nicht höher als auf dem indischen Subkontinent ...“. Wobei nicht übersehen werden darf, daß auch die Löhne in sich entwickelnden Ländern wie Indien schnell unter den Druck der noch niedrigeren Löhne in „neu sich entwickelnden Ländern“ kommen. So z.B. unter den Druck von 268 Millionen (!) chinesischen Arbeitslosen, die der chinesische Handelsminister für das Jahr 2000 erwartet. Weltweit sind schon heute 820 Millionen Menschen arbeitslos.

Die Tendenz zum weltweiten Gleichstand der Entlohnung nennt man in der Ökonomie das Theorem vom „internationalen Faktorpreisausgleich durch Handel“.

Lohndruck durch Wandel: Die Industrie geht, die Armen kommen

Dem Lohndruck durch Handel überlagert sich der Lohndruck durch Wandel: Die Verlagerung von Produktion in Billiglohnländer ist unter dem Konkurrenzdruck der Importe objektiv unvermeidlich. Wenn aber erst einmal die Produktion verlagert ist, dann verlagert sich auch Nachfrage ins Verlagerungsland. Und bald hört man das dann zutreffende Argument: Wir verlagern die Produktion in das Verlagerungsland, um der Nachfrage näher zu sein.

Industrie geht, Arbeitskräfte kommen: Das Problem, an den Baustellen Berlins seit langem bekannt, breitet sich heute schnell weiter aus: Ausländische Firmen, zunächst aus der EU, übernehmen Teilaufträge. Sie arbeiten mit Mitarbeitern, die sie nach Heimatlöhnen bezahlen.

Arbeit wird billig wie Dreck

Werden in einer Welt mit schnell wachsender Bevölkerung alle Handelsbeschränkungen wirklich vollständig abgebaut, wird nach den Marktgesetzen bei weltweit unbegrenztem Angebot menschlicher Arbeit und sehr begrenzter Nachfrage der größte Teil menschlicher Arbeit nach ein oder zwei Generationen weltweit so billig wie Dreck. Wer wie Dreck bezahlt wird, landet früher oder später im Dreck.

Zwei Hauptkonzepte für eine politische Lösung stehen sich in der politischen Realität heute in den Sozialstaaten Europas gegenüber:

1. Das Konzept der Verteidigung des Sozialstaates.
2. Das Konzept der schlanken Anpassung an die Forderungen der neoliberalen weltweiten Wirtschaftsideologie.

Verteidigung des Sozialstaates meint Verweigerung der die Oberschichten begünstigenden Steuerreform, Verteidigung der Lohnfortzahlung im

Krankheitsfälle, Durchsetzung von Lohnforderungen, die den Lohnausfall der letzten Jahre kompensieren. Verweigerung weitergehender Beteiligung der Patienten an den Arztkosten, Protest gegen den Stellenabbau im öffentlichen Dienst und gegen Privatisierungen, die einem Stellenabbau vorangehen. Je rücksichtsloser und schneller aber alle sich diesem Anpassungswettbewerb hingeben, desto schneller geht der Sozialstaat überall vor die Hunde, desto schneller wird aus der Anpassung an die Globalisierung der Wirtschaft Globalisierung der Massenarmut der unteren Schichten der dritten Welt. Und je langsamer ein Land sich „den neuen Gegebenheiten anpaßt“, desto schneller wird es im Wettbewerb der „Standortbedingungen“ zurückfallen. Es wird dann den „Vorsprung nach unten“ der anderen durch neue drastische Maßnahmen wieder einholen müssen, bis diese Länder wieder zum „aufholen nach unten“ gezwungen sind.

Wie man es auch macht, letztlich sind die Chancen einer solchen Verteidigung des Sozialstaates im weltweiten internationalen Wettbewerb gleich Null. Das ist keine neue Erkenntnis. Schon vor Jahren konnte man z.B. in der FAZ lesen: „...der Versuch, den Sozialbereich in herkömmlicher sozialstaatlicher Eigenmächtigkeit zu gestalten, gerät in zunehmenden Widerspruch zur Globalisierung des relevanten Wirtschaftsraumes. ...offene Wirtschaftsräume, wachsende internationale Orientierung und Verflechtung der Unternehmen bedingen einen fortschreitenden Verlust nicht nur an wirtschafts- und währungspolitischer Souveränität, sondern auch an sozialstaatlicher Autonomie. Verteilungsgesellschaften „...werden im Wettbewerb mit produktionsorientierten Gesellschaften zurückfallen.“

Noch einmal verschlechtert werden die Chancen der Verteidiger des Sozialstaates im globalisierten Wettbewerb dadurch, daß die durch die globale Konkurrenz ruinierten Staaten mühsam versuchen, ihre Haushalte auszubalancieren und dazu auf möglichst hohes Wachstum setzen. Marktwirtschaft pur ist aber die einzig wahre Marktwirtschaft (Hayek) und damit – zumindest kurz- und mittelfristig – die am schnellsten wachsende Wirtschaftsform. Die Einführung jedes zusätzlichen Kriteriums (wie soziale Gerechtigkeit oder Umweltschonung) in einen Optimierungsprozeß wirtschaftlichen Wachstums verhindert, daß sich die Lösung beim Wachstumsmaximum einstellt. Ein Staat mit einem von allen nicht-ökonomischen Kriterien befreiten Markt liegt deshalb im weltweiten Wettbewerbsprozeß grundsätzlich vorn.

Sozialstaaten zeichnen sich z.B. dadurch aus, daß sie ihren Arbeitnehmern Löhne zahlen, die nicht niedrig sind, sondern hoch genug, um am Wohlstand des Landes gerecht zu partizipieren. Ludwig Erhard war stolz darauf, die Erhöhung der Löhne im Rahmen des Produktivitätsfortschrittes in das Zentrum seiner Wirtschaftspolitik gestellt zu haben. Wird der Produktivitätsfortschritt aber statt für Lohnerhöhungen für weitere Investitionen verwendet, kann sich das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Was für die Sicherung hoher Löhne durch sozialstaatliche Regelungen gilt, gilt für jeden politisch regelnden Eingriff, verfolge er soziale Ziele oder Umweltschutz (Beispiel Energiesteuer). Jede Regulierung, z.B. das Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit, mindert nun leider einmal die Konkurrenzfähigkeit

mit Volkswirtschaften, die diese Regelungen nicht anwenden.

Die Überlegenheit im Wachstum von Staaten, die ihre Wirtschaft nicht durch soziale Regelungen bremsen, ist nicht nur theoretisch begründbar.

Das zeigen die statistischen Daten:

Das amerikanische Sozialprodukt hat sich von 1970 - 1990 etwa verdoppelt (preisbereinigt!). Die Bundesrepublik schaffte im gleichen Zeitraum „nur 60%, Frankreich rund 70% und England 50%. Die USA erreichten dieses Ziel zudem durch exponentielles Wachstum mit einer seit 1950 fast konstanten jährlichen Wachstumsrate von etwa 3,25%.

Die europäischen Sozialstaaten haben solches exponentielles Wachstum allen Vorhersagen der „maßgeblichen Wirtschaftsinstitute“ zum Trotz aber nie gekannt. Ihr Wachstum war sehr exakt lineares Wachstum. Wachstum des BSP entlang einer Geraden aber ist Wachstum mit immer mehr abnehmenden Wachstumsraten. Auf die Dauer kommt solches Wachstum praktisch zum Stillstand.

Daß die Strategie der Anpassung an das neoliberale Modell das derzeit in allen Industrienationen verfolgte Modell ist, ist daher leicht erklärlich.

Staaten, die durch den globalen Wettlauf verarmt und verschuldet sind, haben im neoliberalen Wirtschaftskampf kurzfristig keine andere Wahl.

Neoliberales Wachstum versagt vor den gesellschaftlichen Problemen

Die immer dringlicheren gesellschaftlichen Aufgaben heißen: Menschenwürdige Arbeitseinkommen für alle, Überwindung der Ausgrenzung eines Teiles der Bevölkerung, Entschuldung des Staates, um ihm die Handlungsfreiheit zur Lösung der originären Staatsaufgaben wiederzugeben. Alles dies sind Probleme, die das neoliberale Wachstum geschaffen hat. Seine Anhänger glauben, dasselbe neoliberale Wachstum sei auch allein geeignet, sie wieder zu beseitigen.

Keine Hoffnung auf menschenwürdig bezahlte Arbeit für alle

Die USA, die uns auf diesem Wege vorangeschritten sind, zeigen deutlich, daß die Hoffnung trügt: Der Amerikaner Luttwak schreibt in seinem Buch „Weltwirtschaftskrieg“: „...das Volk der Vereinigten Staaten – noch immer mit Abstand das reichste Land der Welt – hat noch nicht begriffen, welche Veränderungen seit mindestens zwanzig Jahren stattfinden ... Die Unterschichten in den Städten leben bereits heute in Dritte-Welt-Verhältnissen...“. Wie groß die Einkommensverluste der amerikanischen Bevölkerung tatsächlich sind, ist einfachen Durchschnittswerten nicht mehr zu entnehmen. Denn charakteristisch für die Zeit seit den 70er Jahren ist, daß die unteren Einkommen sinken, die oberen aber steigen.

Der Amerikaner Lester Thurow schätzt, daß von 1970 - 1995 für ca. 60% der Arbeitnehmer die Löhne um ca. 20% zurückgegangen sind. Demgegenüber stehe die Explosion der Topmanager-Gehälter, ein Trend, der in Deutschland erst vorsichtig einsetze, sich aber im Musterland des Kapitalismus schon voll entfaltet habe. „in den USA stiegen die Gehälter der Unternehmensbosse von

dem 35-fachen Lohn eines durchschnittlichen Arbeiters vor 25 Jahren auf den jetzt 216-fachen Wert. Allein 1995 zogen die Bezüge der Vorstandsvorsitzenden um 35 Prozent an, während Löhne und Gehälter im Durchschnitt weiter sanken“. Mit dieser Art des „Blühens einer Wirtschaft ist allgemeine Armut verbunden: „...nach einer Studie der Organisation bread for the world sind in den Vereinigten Staaten mehr Kinder unterernährt als in jedem anderen Industriestaat. Während etwa in Deutschland sieben Prozent der Kinder unter 18 Jahren als unterernährt gelten, sind es in den USA 21 Prozent. Bei der Vorstellung der Untersuchung hieß es, daß der Hunger weltweit dank des wirtschaftlichen Booms in Asien auf dem Rückzug sei. Lediglich in Afrika und in den USA sei eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Insgesamt sind nach diesen Angaben weltweit 800 Millionen Menschen unterernährt, davon 30 Millionen in den USA.

Dramatischer läßt sich der Verlust des Wirkungsgrades solcher liberalistischer Wirtschaft für die Gesellschaft wohl kaum belegen. Präzise Zahlen für diesen Wirkungsgradverlust anzugeben ist dagegen schwierig, da sich „Nutzen für die Gesellschaft“ trotz vieler Versuche bis heute nicht zweifelsfrei definieren läßt. Nimmt man die Masseneinkommen als Maßstab für diese Berechnung, so kann man aber schätzen: Der Wirkungsgrad der Wirtschaft der USA für den Massenwohlstand muß auf deutlich unter 50% des Wertes von 1970 gesunken sein, wenn die Masseneinkommen bei einer Verdopplung des BSP nicht gestiegen, sondern gesunken sind.

Nimmt man dagegen einmal an, in der BRD sei der Lebensstandard gemessen am Netto-Realverdienst der abhängig Beschäftigten seit Anfang der 70er Jahre zwar nicht mehr sehr relevant gestiegen, aber auch nicht gesunken, so kann bei einer Erhöhung des Sozialproduktes um den Faktor 1,6 der Wirkungsgrad von 100% im Jahre 1970 nicht tiefer als auf etwa 60% gesunken sein.

Trotz langsamer wachsender Wirtschaft erfreute sich der Sozialstaat Bundesrepublik daher wegen des höheren Wirkungsgrades (noch) eines deutlich höheren „Wohlstandes für alle“. Mit weiterer Anpassung an den Weltmarkt wird aber auch bei uns der Wirkungsgrad schnell weiter sinken.

Optimale Erfüllung der Kriterien der neoliberalen Weltwirtschaft verschärft nur die gesellschaftlichen Probleme. Neoliberales Wachstum verspricht ein kurz und mittelfristig schneller als im Sozialstaat wachsendes Sozialprodukt mit wachsenden Einkommen des oberen Drittels. Aber ebenso schneller als im Sozialstaat sinkende Einkommen des unteren Drittels und eine sich rasch verschlechternde prekäre Situation des mittleren Drittels, des Mittelstandes also.

Anheben der oberen Einkommen ist aber keines der für den Sozialstaat zu lösenden Probleme:

Die Einkommen des europäischen Managements sind mehrfach höher als die ihrer japanischen Kollegen. Und die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen haben sich seit 1982 explosionsartig erhöht. Hier ist deshalb vom Sozialstaat her gesehen kein Handlungsbedarf. Was für den Sozialstaat fehlt, ist die Basis für ausreichende Einkommen der unteren Klassen. Aber die wird durch dieses Wirtschaftssystem immer schmaler. Und zwar um so schneller, je schneller wir uns an den Weltmarkt anpassen. Menschen, die ihre Arbeit zu einem Preis anbieten, der für ihr Überleben in unserer Gesellschaft das Minimum

darstellt, werden dann arbeitslos, da der Markt solche Löhne nicht mehr hergibt und so steigt und steigt die Belastung des sozialen Netzes – und damit auch des Staates. Mit der Folge, daß die Handlungsfreiheit des Staates durch diese Wachstumspolitik nur noch weiter verloren geht.

Da Arbeitsplätze und die Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland Priorität erhalten, werden Bund, Länder und Gemeinden von jedem größeren Unternehmen erpreßbar. Hier ein Ems-Ausbau, da Grundstücke gratis. Dort die Erschließungskosten geschenkt und immer mehr und immer wieder direkte Subventionen. Weil Hoover in Schottland Steuerfreiheit und Gewerkschaftsfreiheit garantiert wurde, ging Hoover aus dem Elsaß nach Schottland. Dafür subventionierten die Elsässer den Stuttgartern das Swatch-Auto weg.

Dieser ruinöse Wettbewerb der öffentlichen Hand um die Gunst der Investoren läuft innerhalb der Bundesrepublik aber auch innerhalb der EU und weltweit.

Nicht nur um im Markt präsent zu sein gründeten BMW und Mercedes Automobilwerke in den USA. Investitionszuschüsse, Steuergeschenke und unorganisierte Arbeiter waren Trumpfkarten des neuen „Standortes“.

„Wie Kellner des Kapitals“ verhalten sich die Staaten nach Ansicht des Nachrichtenmagazins SPIEGEL: „...die selbsternannten „global players“ des Weltmarktes blicken überlegen auf die zunehmend hilf- und machtlosen nationalen Regierungschefs herab. Die Globalisierung der Wirtschaft macht große Unternehmen unabhängiger vom Heimatmarkt und den heimischen Herrschern. Politik sehen die Manager oft nur noch als Servicebetrieb. Wenn in deutschen Landen die Leistungen nicht mehr stimmen, gehen die Wirtschaftsbosse eben ein paar Länder weiter.“ Wie „Wirte“ müßten die Nationalstaaten das mobile Kapital zu sich locken, meint das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Für Unternehmer wird die Welt, schreibt die Harvard-Professorin Rosabeth Moss Kanter, „eine einzige große Einkaufspassage.“

Der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder klagt über unseriöse Praktiken „einiger europäischer Nachbarstaaten“. Der Plan des niederländischen Gesetzgebers, die Gewinne internationaler „Kapitalanlagegesellschaften“ effektiv nur noch mit einer Körperschaftssteuer von sieben Prozent zu belasten, verleite Finanzholdings dazu, aus Deutschland abzuwandern und verursache so Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Denn es gibt kaum noch ein deutsches Großunternehmen, das nicht ein Koordinierungszentrum in Belgien unterhält. Mayer-Vorfelder verlangt, daß „endlich Schluß sein muß mit dem für die Haushalte aller EU-Staaten ruinösen Standortwettbewerb“.

In die gleiche Richtung wirken die zahllosen Betriebssanierungen auf Kosten der Allgemeinheit; die Frühpensionierungen, die Milliardensummen kosten, die Entlassungen in die Arbeitslosigkeit und, zunehmend, das Absenken der Löhne unter den Sozialhilfesatz.

Neoliberales Wachstum senkt mehr und mehr den Wirkungsgrad des Mittels Wirtschaft für die Gesellschaft

Das, was als Sozialprodukt von allen erarbeitet wurde, wird so wieder

abgeschöpft, um die Wirtschaft am laufen zu halten. Aus dem Ertrag der Wirtschaft für die Gesellschaft wird so Wirtschaftsaufwand – und das ist der Hauptgrund für den mit dem heutigen Wirtschaftswachstum immer schneller zurückgehenden Wirkungsgrad der Wirtschaft für den Wohlstand der Gesellschaft.

Daneben stehen die mittelbaren gesellschaftlichen Kosten des neoliberalen Wachstums: Schon auf dem Wege zum Wachstum muß der Staat wichtige Staatsziele, wie z.B. die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung, beiseite schieben. Arbeitsplätze werden wichtiger als die durch Nacht-Fluglärm gefährdete Volksgesundheit. Umweltsteuern, zur Erhaltung unserer Welt für unsere Kinder nach fast allgemeiner Meinung unverzichtbar, scheitern daran, daß sie fast immer die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Industrie gefährden – und damit das primäre Wachstumsziel. Langfristig aber kommen diese Versäumnisse als erhöhte Kosten auf die Staaten zurück.

Die Ohnmacht der Staaten vor den – im Wettbewerb berechtigten – Forderungen der Wirtschaft wirkt sich aber auch direkt auf ihre finanzielle Handlungsfähigkeit aus:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß in großen Unternehmen ganze Abteilungen an der Steueroptimierung von Bilanzen arbeiten, ganz legal natürlich. Man zahlt die Steuern einfach dort, wo sie am niedrigsten sind und läßt die Verluste dort anfallen, wo die Steuern am höchsten sind.

Beispiele gibt es viele. Daimler-Benz-Chef Jürgen Schrempp: bis zur Jahrtausendwende werde sein Unternehmen in Deutschland keinen Pfennig Ertragssteuern zahlen. Metro bastelt an der steuerfreien Gesellschaft.

Die Gesamtsumme der vom Staat übernommenen Gewerbesteuernachlässe in Frankreich ist von 8 Milliarden Francs im Jahre 1988 auf 35 Milliarden im Jahre 1995 gestiegen. Mit dem Ergebnis, daß der Anteil der Kapitalseite am Wertzuwachs in nur 7 Jahren von 27,6 % auf 39,4% gestiegen ist, was natürlich auf Kosten der Arbeit und der Löhne geht.

Was für den Staat gegenüber den großen Unternehmen gilt, gilt aber auch schon gegenüber den leitenden Angestellten der internationalen Konzerne. Die französische Regierung will den Spitzensteuersatz auf 47% herabsetzen und begründet dies damit, daß die niedrigeren Spitzensteuersätze in der BRD oder England sonst die leitenden Angestellten der internationalen Unternehmen veranlassen würden, dort ihren offiziellen Wohnsitz zu nehmen und ihre Steuern zu zahlen.

Vor allem bei den großen international tätigen Gesellschaften fallen Nutzen für die Unternehmen einerseits und Nutzen für die große Masse der arbeitenden Menschen und die Allgemeinheit immer mehr auseinander.

Aktienkurse steigen, wenn Entlassungen angekündigt werden. Aktienkurse steigen, wenn ein Unternehmen seine Produktion in andere, lohngünstigere oder steuerlich billigere Länder verlagert. Aktienkurse stiegen, als die Arbeitslosigkeit stieg. Sie sanken, als in den USA die Arbeitslosigkeit zurückging.

Die Unternehmensgewinne gehen an die Aktionäre in Tokio, New York oder Berlin – niemand weiß genau wohin. Wachstum des Unternehmens und Wachstum des Sozialproduktes sagen so immer weniger aus über den Nutzen der Wirtschaft für die einzelnen Volkswirtschaften, für Staat und Allgemeinheit

(Robert Reich).

Die neue Gesellschaft

Die im Neoliberalismus entstehende neue Gesellschaft ist kein Sozialstaat. Wie sie aussehen wird, ist kein Geheimnis. Die Entwicklung der USA und der südamerikanischen Gesellschaften zeigt, wohin die Reise gehen würde. Ein Bericht von vielen: „Die Ungleichheit nimmt zu auf der Welt. Die Reichen schützen sich vor den Armen, und diese vor den noch ärmeren. Beherrschend ist dabei die Angst, in der alle gefangen sind.

Mit dem Triumph des Ultraliberalismus trägt weltweit eine Gesellschaft den Sieg davon, in der die Ordnung ungleich mehr Gewicht hat als die Gerechtigkeit. Im Zeitalter von Privatisierung und freiem Markt will das Geld ohne Vermittler regieren. Doch welche Rolle kommt dann dem Staat zu? Er muß die gefährlichen Arbeitslosenheere in Schach halten und die mit Hungerlöhnen abgespeisten Arbeitskräfte disziplinieren: ein Staat der Richter und Wächter, wenig mehr.

Und weiter wächst die Armut, wachsen die Städte und wächst die Zahl der Überfälle, Vergewaltigungen, Verbrechen.

Nicht nur die im Überfluß leben fühlen sich bedroht, auch die Mittelschicht und selbst eine Vielzahl der im Elend Überlebenden: Arme, die von noch verzweifelteren, noch ärmeren Armen überfallen werden. Mit Gittern versehen sind die Häuser all derer, die etwas zu verlieren haben, auch wenn es wenig oder fast nichts ist. Die oben, die in der Mitte und die unten: in diesen rette-sich-wer-kann-Gesellschaften sind wir alle Gefangene: die Bewacher und die Bewachten, die Auserwählten und die Parias.

Im Ozean der Bedürftigen verwandeln sich die Inseln der Besitzenden immer mehr in luxuriöse Konzentrationslager, wachsen die reichen Kinder in einem Kokon der Angst auf. Sie wohnen in ihren befestigten Villen in Wohnvierteln, die mit elektrisch geladenen Zäunen umspannt und von bewaffneten Wachmannschaften gesichert werden, und wie das Geld sind sie nur im gepanzerten Wagen unterwegs. Sie kennen die Stadt, in der sie leben, nur von fern.

Wirtschaft gegen die Gesellschaft

Läßt sich die Politik so durch den „freien Welthandel“ entmachten, dann ist das der Sieg des Mittels Wirtschaft über den politischen Zweck. Im militärischen Bereich nennt man den Sieg des Mittels über den politischen Zweck Militarismus.

Der Wettlauf der Gesellschaften nach unten ist extrem anti-europäisch. Zwar beabsichtigen die Staaten, die sich in diesen Wettlauf begeben, Europa zusammenzuführen und zu stärken. Die „Maastricht-Kriterien“ werden sogar offen als Grund für viele Maßnahmen, die in das soziale Netz einschneiden, angegeben. Doch so wird für die Bevölkerungen Europa zum Synonym für Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit. Wie kann man da Europabegeisterung erwarten?

Dieses Europa sozialer Kälte soll sich dann auch noch im großen Weltmarkt

sozusagen schranken- und widerstandslos auflösen. Was bleibt dann an Handlungsfreiheit für dieses Europa? Bei dieser Ohnmacht des so entstehenden sind die Versuche, über ein europäisches Parlament so etwas wie Demokratie zu retten, ein hilfloses Spiel. Ein Parlament, das die in der Weltwirtschaft getroffenen Entscheidungen nicht im mindesten mehr beeinflussen kann? Eine solche Karikatur Europas als Ersatz für die alte Identifikation mit dem sozialen Nationalstaat?

Hat nicht der französische Parlamentspräsident Sèguin recht, wenn er sagt: „Europa muß einen solidarischen Raum bilden, um so zu einem Element des weltweiten Gleichgewichts zu werden. ...es gibt ein gemeinsames Erbe der europäischen Völker, daß ist der soziale Schutz, die ausgleichende Umverteilung der Einkünfte, die Chancengleichheit, der Zugang aller zu Bildung und Ausbildung, die Beteiligung der Gewerkschaften, ein öffentlicher Dienst für die allgemeinen Interessen. Kurz das, was man in Frankreich den republikanischen Gesellschaftsvertrag (pacte républicain) und in Deutschland die soziale Marktwirtschaft nennt. Dringlicher als jemals müssen wir zu einem Europa der Bürger kommen, dieser Bürger, die sich nur dann für Europa engagieren werden, wenn sie dort einen Gegenwert für ihr Engagement finden. Wie kann man eine Präferenz der Bürger für Europa erwarten, wenn Europa keine Präferenz für seine Bürger sichert?“

Handeln – aber wie?

Hält man den neoliberalen weltweiten Wettlauf für unvermeidlich, akzeptiert man also den Zerfall der europäische Sozialstaatsidee nolens, volens, dann allerdings muß man sehen, in diesem Wettlauf nicht zurückzufallen – und muß die Opfer für den Wettlauf in Kauf nehmen.

Unterwerfen sich die Staaten aber erst einmal dem Prinzip des »freien Welthandels“, lassen sich keine anderen Ziele mehr durchsetzen als die, die der freie Welthandel unbeirrt ansteuert. Dann ist weder Raum für Umweltschutz, noch für soziale Sicherheit, noch gar für Chancengleichheit oder Solidarität mit den weniger Begünstigten. Nur die Gesellschaft wird überleben, „deren Menschen auch für Höchstleistungen nur bescheidenste Ansprüche stellen“ (Meinhard Miegel). So entsteht aus der „Zehenspitzen-gesellschaft“ die Hochhüpf-gesellschaft.

Akzeptiert man aber das Ziel des entbrannten Wettlaufs um internationale Konkurrenzfähigkeit nicht, dann muß man auch nicht in die gar nicht gewünschte Richtung rennen, darf sich also nicht auf diesen Wettlauf zum Abbau des Massenwohlstandes einlassen.

Dann muß man aber den Predigern dieses Weges nach unten die Gefolgschaft verweigern, und die für diese Verweigerung notwendigen Opfer auf sich nehmen. Und zwar nicht erst, wenn wir südamerikanische Verhältnisse haben, sondern möglichst bald.

Nur: dann muß man auch Vorstellungen entwickeln, was für eine Wirtschaftspolitik man statt dessen will – und die ersten Schritte für den neuen Weg vorbereiten.

Gibt es einen Ausweg?

Soll der Markt dem allgemeinen Wohlstand, sozialen Zielen, dem Ziel der Erhaltung der Umwelt oder anderen marktfremden Zielen dienen, müssen ihm die dahin führenden marktfremden Kriterien von außen, politisch also, vorgegeben werden. Damit jedoch der Markt auch auf diese Ziele hinarbeiten kann, müssen die Kriterien für alle Marktteilnehmer gleichmäßig gelten. Nur dann kann der einzelne Unternehmer z.B. Umweltschutzkosten oder Behinderungen aus sozialen Gründen auf sich nehmen, ohne im Konkurrenzkampf zu unterliegen. Das bedeutet aber, daß die politische Macht, die dem Markt die Ziele setzt, ebenso weit reichen muß, wie der Markt.

Dafür gibt es nur zwei Alternativen:

Entweder man schafft eine „Weltmacht“, die dem Markt weltweit Regeln setzen kann, oder man beschränkt den Markt auf den geographischen Bereich, in dem man die politische Macht hat, der Wirtschaft soziale, umweltpolitische oder andere politische Vorgaben zu machen.

Doch eine Weltregierung, die dem Weltmarkt solche einheitlichen Ziele diktiert, ist angesichts der völlig unterschiedlichen Interessen der bald 200 Staaten dieser Erde eine Illusion. Natürlich, jede Chance, die sich trotzdem bietet, hier zu Vereinbarungen zu gelangen, muß genutzt werden.

Doch die Versuche der USA und Frankreichs, eine Sozialklausel in die GATT-Schlußverhandlungen einzubringen, hat die BRD (mit) torpediert. Hier liegt politische Schuld am Schicksal vieler europäischer Arbeitsloser – auch wenn offen bleiben muß, ob so eine Klausel letztlich sehr viel gebracht hätte.

Kann aber die politische Macht nicht der Größe des Weltmarktes angepaßt werden, stellt sich die Frage, ob der Markt nicht wieder auf politisch führbare Großräume zurückgestutzt werden kann, die die Möglichkeit und die politische Kraft haben, ihn mit seinen guten Fähigkeiten wieder für die Menschen dienstbar zu machen?

Ohne politische Macht, sprich ohne Staat, wären die sozialstaatlichen Gesellschaften Europas nicht entstanden. Ohne Staat können sie sich auch nicht erhalten. Aber von alleine hält sich der Sozialstaat in der internationalen Konkurrenz nicht. Also muß er geschützt werden, wenn er überleben soll. Schützen heißt auf französisch „protéger“. Den Sozialstaat in Großräumen (Großregionen) zu schützen, ist also Protektionismus.

Ohne Protektionismus kein Europa

Was das im einzelnen bedeuten kann, nicht bedeuten kann oder nicht bedeuten darf, ist eine schwierige Frage. Reicht es hin, wie Arthuis, der französische Finanzminister hofft, mit dem Euro eine so starke Währung zu bekommen, daß die Wechselkurse dieser Währung wieder von der Politik und nicht vom Markt oder der Spekulation bestimmt werden? Wieweit muß dafür in den freien Kapitalverkehr eingegriffen werden? Wieweit muß die Präferenz Europas für seine Bürger gehen, damit sie sich mit Europa identifizieren? Wieweit muß dafür europäische Produktion, müssen europäische Dienstleistungen gegen Konkurrenz von außen geschützt werden? Doch wie auch immer, ohne einen Protektionismus keine europäische

Sozialunion. Daß es aber möglich ist, ohne eine einigende, die Mehrheiten begeisternde Vision wie es eine europäischen Sozialunion sein könnte, Europa zu einem mehrheitsfähigen politischen Ziel zu machen, ist äußerst unwahrscheinlich. Und daß der Weg nach Europa von den Bevölkerungen auch nur toleriert wird, wenn auf diesem Wege nichts wartet als Freihandel und Wirtschaftswachstum mit Verelendung der Massen, glaubt doch wohl niemand. Die Streiks in Frankreich des Dezember 1995 sollten eine deutliche Warnung sein! Aber das heißt dann: kein Europa ohne Protektionismus. Doch dieses Wort haben die Anhänger und Profiteure des Ultraliberalismus mit Erfolg tabuisiert. In Deutschland gibt es daher – im Gegensatz zu Frankreich – nicht einmal eine wissenschaftliche Debatte um einen verantwortlichen Protektionismus des Sozialstaates. Diese Debatte muß die Interessen der Menschen in den anderen Regionen der Welt berücksichtigen. Denn Protektion der Idee der sozialen Demokratie in Europa kann und darf nicht heißen: Europa über alles – und was sonst noch in der Welt geschieht, ist uns gleichgültig.

Europa und die Organisation der Welt.

Weltweiter Freihandel verspricht schnelles Wirtschaftswachstum und Durchsickern des Wohlstandes bis zu den Verdammten dieser Erde – den armen Menschen in den armen Ländern. Könnte weltweiter Freihandel und nur weltweiter Freihandel dieses Versprechen halten, wäre „eine Präferenz Europas für seine Bürger“ moralisch fragwürdig. Unbestreitbar gibt es – besonders in Teilen Asiens – neuen Wohlstand, oft entstanden durch Freihandel. Doch ist dieser Wohlstand in vielen Fällen mit neuer Armut kombiniert (China). Trotz wirtschaftlicher Fortschritte in einigen Regionen: weltweiter Freihandel hält sein jetzt schon 20 Jahre altes Versprechen nicht – und kann es auch nicht halten. Stattdessen droht weltweit die 20% Gesellschaft (Globalisierungsfalle).

Was für Europa recht ist, ist den anderen billig. Auch der asiatische Raum, auch Amerika und vor allem auch Afrika müssen das Recht haben, ihre Wirtschaft nach ihren speziellen Bedürfnissen zu entwickeln, ohne daß die „fortschrittliche technische Entwicklung“ anderswo in der Welt sie durch unwiderstehliche Konkurrenz daran hindert. Nirgendwo in der Welt entstanden eigenständige neue Produktionen ohne Schutz vor den Importen bestehender Massenproduktionen der Industrieländer. Nicht in Japan, nicht in Korea, und ebenfalls nicht in der Bundesrepublik. Logischerweise fordern heute selbst starke Wachstumsländer wie China und Brasilien das Recht, Schutzzölle zum Aufbau eigener Produktionen erheben zu können. Das Fehlen eines solchen Schutzes für Industrie und Landwirtschaft ist für die meisten Länder Afrikas eine der Ursachen der trostlosen Elendssituation in dieser Region der Welt. Nur durch solche unterschiedliche Entwicklungen kann sich auch eine gewisse Vielfalt von Gesellschaftsformen und technologischen Entwicklungen bilden. Vielfalt aber ist wichtig, da die Übertragbarkeit unseres Wirtschafts- und Technologiemo­dells auf eine Menschheit von bald 8-10 Milliarden Menschen mehr als fragwürdig ist. So spricht vieles dafür, daß eine Entwicklung der Welt in mehreren Macht und Handelsblöcken mit relativer Homogenität nach

innen aber unterschiedlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Prioritäten der einzelnen Blöcke, die besten Chancen für das Überleben der Menschheit bietet. Bessere jedenfalls, als die Zwangsherrschaft unserer amerikanisch-europäischen Zivilisation durch freien und unbeschränkten Welthandel.

Das so entstehende Mächtekonzept könnte dann eine Vorstufe für eine weltweit konsensfähige Neuorganisation der UNO und ihrer Organe werden.